

Gruppe öffentlicher Versicherer 2011 - Öffentliche Versicherer mit guten Ergebnissen

Die mehrheitlich zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörenden öffentlichen Versicherer haben das Geschäftsjahr 2011 erfolgreich abgeschlossen. „Über alle Sparten erzielte die Gruppe ein Ergebnis auf konstant gutem Niveau. Das macht die Öffentlichen zu einem Erfolgsfaktor für die Träger und Eigentümer aus der Sparkassen-Finanzgruppe“, so der ...

- **Prämienvolumen in Leben nach Einmalbeitragsboom auf dem Niveau von 2009**
- **Höchstes Beitragswachstum in der Schaden-Unfallversicherung seit acht Jahren**
- **Vorsteuerergebnis mit insgesamt 680 Millionen Euro auf konstant hohem Niveau**
- **Öffentliche Lebensversicherer wollen weiterhin lebenslange Garantien anbieten**
- **Energieeinsparverordnung bringt Mehrkosten für alle Gebäudeversicherer**

28. Juni 2012 – **Die mehrheitlich zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörenden öffentlichen Versicherer haben das Geschäftsjahr 2011 erfolgreich abgeschlossen. „Über alle Sparten erzielte die Gruppe ein Ergebnis auf konstant gutem Niveau. Das macht die Öffentlichen zu einem Erfolgsfaktor für die Träger und Eigentümer aus der Sparkassen-Finanzgruppe“, so der Verbandsvorsitzende Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl. Die elf öffentlichen Erstversicherergruppen erzielten ein Vorsteuerergebnis von mehr als 680 Millionen Euro.**

Lebensversicherung

Aufgrund der marktweiten Normalisierung des Einmalbeitragsgeschäfts gingen die Beitragseinnahmen planmäßig zurück und erreichten mit 3,38 Milliarden Euro das Niveau des Geschäftsjahrs 2009. Dabei fuhren die Öffentlichen den Neuzugang gegen Einmalbeitrag um 38 Prozent herunter. Das langfristige Geschäft gegen laufenden Beitrag bauten sie um 16 Prozent aus.

Trotz der angespannten Situation an den Finanzmärkten betrug das Kapitalanlageergebnis 3,3 Milliarden Euro, nach 3,6 Milliarden Euro im Jahr zuvor. Der Anteil an Staatsanleihen der PIIGS-Staaten liegt nur bei 1,3 Prozent.

Kranken

Das Prämienvolumen der öffentlichen Krankenversicherer wuchs 2011 um 4,2 Prozent auf nahezu 2,2 Milliarden Euro. Die Wachstumsimpulse gingen vor allem vom Zusatzversicherungsgeschäft aus, wobei gerade Pflegegeldtarife stark nachgefragt wurden. Wolff von der Sahl begrüßte die aktuellen Pläne zur steuerlichen Förderung der privaten Pflegevorsorge ausdrücklich. Ebenso klar sprach er sich, mit Blick auf die bevorstehende Diskussion im Vorfeld der 2013 anstehenden Bundestagswahl, für die Beibehaltung des dualen Systems in der Krankenversicherung aus.

Schaden und Unfall

In der Schaden- und Unfallversicherung steigerten die Öffentlichen ihre Beitragseinnahmen um 2,2 Prozent auf rund 7,4 Milliarden Euro. In der Kraftfahrtversicherung stellt die Gruppe eine Wende im Preiszyklus fest. Zum ersten Mal seit 2004 wächst hier das Prämienaufkommen wieder – und zwar mit einem Plus von 2,7 Prozent. Aufgrund einer Vielzahl regionaler Schadenereignisse blieb der Schadenaufwand im Vergleich zum Vorjahr mit 6 Milliarden Euro nahezu unverändert hoch. Die kombinierte Schaden-Kosten-Quote betrug im gesamten Schaden-Unfall-Geschäft 97,2 Prozent, in der Sachversicherung nur rund 90 Prozent. Wolff von der Sahl: „Unser versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 206 Millionen Euro zeigt, dass wir die

konkurrierenden Ziele Wachstum und Ertrag erfolgreich miteinander verbunden haben.“

Ausblick

In den ersten drei Monaten des Jahres 2012 verzeichnen die öffentlichen Lebensversicherer aufgrund von Vorzieheffekten zum Jahresende 2011 sowie einer weiteren Dämpfung des Einmalbeitragsgeschäfts eine leichte Abschwächung im Neugeschäft. Das Wachstum in der Schaden-Unfallversicherung setzt sich jedoch unverändert fort. Die Öffentlichen erwarten am Jahresende, vor allem getrieben durch die HUK-Sparten, ein um 3 Prozent steigendes Prämienvolumen.

Öffentliche Lebensversicherer bekennen sich zu lebenslangen Garantien

Thomas Krüger, Vorsitzender des Versicherungsausschusses Leben, berichtete im Anschluss über aktuelle Entwicklungen bei den Produkten und dem Geschäftsmodell der Lebensversicherer. Er stellte klar: „Bisher ist es uns gelungen, die Folgen volatiler Kapitalmärkte und niedriger Zinsen für unsere Kunden weitgehend abzupuffern. Die Bereitstellung von klassischen Produkten mit lebenslangen, garantierten Leistungen ist und bleibt auch in Zukunft eine Kernkompetenz der öffentlichen Lebensversicherer.“ Die Unternehmen treiben zusätzlich die Erweiterung ihrer Produktpalette um kapitalmarktnahe Konzepte voran. Dabei wird sowohl das Ziel verfolgt, die Stabilität der Lebensversicherer zu wahren, als auch den Kunden attraktive Renditechancen zu bieten. Zudem gewinne die Absicherung biometrischer Risiken weiter an Bedeutung. „Der Umstellung auf Unisex-Tarife sehen die Öffentlichen gelassen entgegen“, so Krüger zu einem weiteren wichtigen Branchenthema. Krüger forderte zudem eine Deckelung der Bewertungsreservenbeteiligung, da nach der derzeitigen Regelung Bestandskunden benachteiligt würden. Er begrüßte auch die Diskussion, bestehende Verträge für eine Übergangszeit von den neuen Solvency II-Vorschriften auszunehmen.

Klimawandel stellt volkswirtschaftliche Herausforderung dar

Thomas Vorholt, Vorsitzender des Versicherungsausschusses Privatkunden, ging im Anschluss auf das Thema Naturgefahren ein. Die regelmäßig steigende Schadenbelastung in der Wohngebäudeversicherung hängt mit den zunehmenden Kumulereignissen wie Starkregen und Gewittern zusammen. Die öffentlichen Versicherer sehen im Klimawandel einen volkswirtschaftlichen Auftrag. Wegen der Folgen von Naturkatastrophen wie beispielsweise dem Jahrhunderthochwasser an Elbe und Oder hat die Politik ein begründetes Interesse, die staatlichen Hilfen im Schadenfall künftig auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. „Eine gesetzliche Pflichtversicherung gegen Elementarschäden brauchen wir aber nicht“, betont Vorholt. Schon heute können laut ZÜRS (Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen des GDV) 98,5 Prozent aller Wohngebäude gegen Elementarschäden versichert werden. „Ich bin überzeugt, dass sich die Anzahl der nicht versicherbaren Gebäude bundesweit auf 0,3 bis 0,5 Prozent einpendeln wird“, meint Vorholt.

Informationskampagnen für Gebäudebesitzer sind wichtig

Trotzdem liegt die Versicherungsdichte beim Elementarschadenschutz bei unter einem Drittel. „Gebäudebesitzer“, so Vorholt, „sind unzureichend informiert über ihren Versicherungsschutz und unterschätzen das Naturgefahrenrisiko in ihrer Region.“ Dabei müssten sich die Deutschen auf häufigere und heftigere Wetterextreme einstellen. Als Marktführer in der Gebäudeversicherung sehen sich die Öffentlichen in der Verantwortung, auf unzureichenden Schutz hinzuweisen und darüber aufzuklären, dass kaum ein Gebiet sicher ist. Sie halten deshalb engen Kontakt mit Ländern, kommunalen Spitzenverbänden und Verbraucherschützern. Gemeinsam mit den Landesregierungen hat die Versicherungswirtschaft bisher in Bayern, Niedersachsen und Sachsen Informationskampagnen gestartet. Auch in Rheinland-Pfalz und im Saarland sind Kampagnen geplant, und der GDV hat Kontakt zum Land Sachsen Anhalt aufgenommen. Neben den wichtigen Aufklärungskampagnen werden die Öffentlichen den Verkauf von Elementarschutz

forcieren, indem sie in großen Teilen der GDV-Empfehlung folgen, wonach Kunden den Schutz aktiv abwählen müssen, wenn sie ihn nicht wollen. „Unser Vertrieb ist aufgerufen, die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit des Elementarschutzes in der Beratung zu betonen“, erklärt Vorholt.

Öffentliche kümmern sich um Folgen der Energieeinsparverordnung

Der CO₂-Ausstoß treibt nachgewiesen den Klimawandel voran. Dabei sieht sich Deutschland als Vorreiter bei der Reduktion von CO₂-Emissionen. Das stellt die Gebäudeversicherer vor Herausforderungen. Weil rund 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen auf den Gebäudebereich entfallen, konzentriert sich der Gesetzgeber bei der Umsetzung der EU-Richtlinien zur „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ und „Erneuerbare Energien“ verstärkt auf diesen Bereich. Bei der Sanierung von Gebäuden und Gebäudeteilen müssen die EU-Mitgliedstaaten energetische Mindestanforderungen erfüllen. Zusätzlich müssen ab dem Jahr 2021 Neubauten als Niedrigstenergiegebäude gebaut werden. Diese Vorgaben sollen hierzulande vor allem durch die sogenannte Energieeinsparverordnung – kurz EnEV – erreicht werden. „Als Marktführer spüren wir schon heute den Einfluss der EnEV auf die Schadenquoten der Gebäudeversicherer“, erläutert Thomas Vorholt. Er erklärt die Konsequenz für die Versicherungswirtschaft: „Richtet beispielsweise ein Sturm einen Totalschaden an einem Haus aus den 1970er Jahren ohne jegliche Wärmedämmung und mit veralteter Heizungsanlage an, so muss das neue Haus als Niedrigstenergiehaus aufgebaut werden. Das führt zu enormen Kosten und damit zu einer Mehrbelastung aller Gebäudeversicherer am Markt. Wir haben die Auswirkungen eingehend untersucht und in den GDV getragen, um entsprechende Maßnahmen zur Finanzierung der Mehrkosten zu entwickeln.“

Die öffentlichen Versicherer sehen aber auch Handlungsbedarf bei der Aufklärung der Bevölkerung. Vorholt betont, dass durch die EnEV auch die Kunden in vielerlei Hinsicht profitierten. „Sie erhalten im Schadenfall ein saniertes oder neues Gebäude, sparen dadurch merklich Energiekosten und tragen durch verminderte Emissionen und den Einsatz Erneuerbarer Energien dazu bei, die Folgen des Klimawandels zu beschränken.“

Die Unterlagen zur Pressekonferenz finden Sie auf www.voev.de.

Kontakt:

Andreas Meinhardt
- Pressesprecher -
Tel.: 0211 / 4554 - 123
Fax: 0211 / 4554 - 339
E-Mail: presse@voevers.de

Verband öffentlicher Versicherer
Hansaallee 177
40549 Düsseldorf
Webseite: www.voev.de